

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schiller-Gasse geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblatt: Nr. 6650-55.

Von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 1.40 monatlich, 12.00 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobahn, 1.40 monatlich durch alle deutschen Postanstalten, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Hauptstrasse 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in der Provinz die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für örtliche Anzeigen; 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Pf. für Anzeigen in der ersten Spalte. — Für Anzeigen in der ersten Spalte: 2.50 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Anzeigen in der ersten Spalte: 2.50 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Verleger: Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 57, An der Apostelstraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Samstag, 30. November 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 560. • 66. Jahrgang.

Die Abdankung des Kaisers.

Ausdrückliche Entbindung der Beamten vom Treueid.

W. T. B. Berlin, 29. Nov. Um aufgetauchten Mißverständnissen über seine Abdankung zu begegnen, hat Kaiser Wilhelm II. in einer staatsrechtlich einwandfreien Urkunde auf seine Rechte an der Krone Preußens und der damit verbundenen deutschen Kaiserkrone verzichtet. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und der damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Ausdrückliche Entbindung ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preussischen Heeres und die Truppen der Bundeskontingente des Reiches, den ich mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber auferlegt habe. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk von den drohenden Gefahren der Anarchie, Unpersönlichkeit und Fremdherrschaft zu schützen.“

Urkundlich unter Vorher höchstpersönlichen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.

Wilhelm.

Der tiefempfundene Scheidegruß des Königs von Württemberg.

W. T. B. Stuttgart, 30. Nov. (Trahtbericht.) Der König von Württemberg hat heute folgende Kundgebung erlassen: „An das Württembergische Volk! Wie ich schon erklärte, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen. Seit ich diesen Gedanken lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder. Allen, die mir in 27 Jahren treu gedient oder mir sonst Gutes erwiesen haben, vor allem unseren heldenmütigen Truppen, die durch ihre tapferen Taten und ihren Opfertum das Reich von Deutschland ferngehalten haben, danke ich aus herzlichster und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und ihrem Volk erlöschen. Ich spreche hierbei zugleich im Namen meiner Gemahlin, die nur schmerzlichen Schmerz ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im bisherigen Umfange niederlegt. Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Württemberg in alle Zukunft. Dies mein Scheidegruß. Weidenhausen 30. November 1918.gez. Wilhelm.“

Die Wahlordnung.

W. T. B. Berlin, 29. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten nahm in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) an. Das Wahlrecht wird den Grundbesitzern des Reichs vom 15. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsteil vom 1. August 1914, ohne daß damit einer Entscheidung der Friedensverträge vorweggenommen wird, in 38 Wahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6 bis 16 Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen, vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazugehörige Wahlordnung werden morgen im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht werden.

Die befreiende Wirkung des Beschlusses.

Berlin, 30. Nov. Zur Annahme der Verordnung über die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung durch den Rat der Volksbeauftragten schreibt der „Vorwärts“: Der für das Schicksal des deutschen Volkes tief bedeutsame Beschluß ist nach längerer Beratung und lebhafter Debatte gefaßt worden. Daß die Nationalversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte dem Beschluß der Reichsversammlung beitreten wird, kann nach den vorliegenden Verhältnissen aus dem Lande gar nicht bezweifelt werden. Die breiten Massen des Volkes haben ganz richtig erkannt, daß es sich hier um eine Lebensnotwendigkeit für das Reich handelt, und daß jeder Versuch, den Termin hinauszuschieben, eine Krise heraufzubeschwören würde, für deren Folgen niemand die Verantwortung übernehmen kann. Die Revolution hat dem Volke sein Recht gegeben, und es ist am Volke selbst, gegen zu machen gegen alle, die ihm dieses Recht wieder streitig machen wollen. Eine rasche Auflösungsarbeit muß eintreten, um den kommenden Wahlen den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu sichern.

Am „Reinhold Tagblatt“ heisst es: Dieser Beschluß wird auf das gesamte politische und wirtschaftliche Leben, das unter der gegenwärtigen Diktatur völlig gelähmt war, eine befreiende Wirkung ausüben. Die unerschütterlichen Gewaltverhältnisse bekommen den Charakter eines letzten, unumkehrbaren Provisoriums. Das Reich, das infolge der allgemeinen Unklarheit zu zerfallen drohte, wird wieder zu einem gemeinsamen politischen Handeln aufgerufen, um in allen seinen Gliedern nach den Grundgedanken der Demokratie sich zu vereinigen und sich zu entscheiden. Wäre die Regierung nicht es, daß zu sagen, daß alle Terror, von welcher Seite er auch komme, im Wahlkampf ausgeschaltet wird. In der „Täglichen Rundschau“ schreibt Traub: Klare Front gegen das Bolschewismus in jeder Form ist das oberste Ge-

setz. Des verheerenden Bolschewismus gibt es mehr als genug Beispiele. Einheitsfides Vorzeichen des deutsch empfundenen Bürgerturns lautet das andere Gesetz.

Erfurt bewirkt sich um die Nationalversammlung.

W. T. B. Erfurt, 29. Nov. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, den Vorstich zu ersuchen, bei der Reichsleitung Schritte zu tun, um die Nationalversammlung nach Erfurt einzuladen. Es wurde für diesen Zweck eine gemischte Kommission gebildet.

Berliner A. und S. Vollzugsrat.

W. T. B. Berlin, 30. Nov. (Trahtbericht.) Der Vollzugsrat trat heute nachmittags 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Ein Antrag eines Mitglieds, betreffend Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Lohnung der Frontsoldaten, wird angenommen. Weiter wird beschlossen, für sämtliche Militärpersonen die Vorgesetzten auf der Eisenbahn aufzuheben. Ein dritter Beschluß beschäftigt sich mit der Klärung der Stellung der Soldatenräte zu den Kriegsgerichten. — Aus Köln ist ein Delegierter des Arbeiterrats anwesend, der über die Pläne der rheinischen Bourgeoisie, besonders der Schwerindustriellen, berichtet, die aus Furcht vor Steuererlässen und Sozialisierung der Rheinlande an Frankreich auszuweichen möchten. Ein Mitglied des Vollzugsrats erklärt, daß er Material dafür besitze, daß schon 1918 bekannte rheinische Großindustrielle in Gemeinschaft mit hohen katholischen Geistlichen in Berlin mit Vertretern der Entente verhandelt haben über einen Zusammenstoß der Rheinprovinz, Elsaß-Lothringen und sogar Deutschland, unter französischem Protektorat. Von der Diskussion wird hervorgehoben, daß dies dieselben Vorgesetzten seien, die sich jahrelang nicht genug tun konnten in Anwesenheit der deutschen Bevölkerung. Wer die kapitalistische Volksecke kenne, den nehme dieses Teufelschicksal nicht wunder. Zur Verlesung gelangte ein Funkspruch des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin, daß Rußland seinen Truppen Befehl gegeben habe, jeden Konflikt mit den deutschen Truppen zu vermeiden, und daß von der deutschen Republik diese Stellung erwartet werde. Rußland hoffe, alle Rißverhältnisse bald zu beseitigen. Ferner ist vom Eisenbahnausschuss ein Funkspruch eingegangen, daß zum Kongress der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember eine russische Delegation eintreffen wird, die über die Lage der russischen Revolution berichtet und sich über den Stand der deutschen Revolution informieren soll. Der Vollzugsrat beschloß, durch Funkspruch die Delegierten willkommen zu heißen. Der Vollzugsrat beschloß ferner, die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß die Rückführung der deutschen Truppen aus der Ukraine unbehindert beschleunigt wird und daß keine Befehle ganz oder teilweise an Ort und Stelle gelassen werden. Der Vollzugsrat beschloß ferner die Errichtung von vier Abteilungen (Kommissariate). Die erste Abteilung soll sich mit der Reichspolitik befassen. Sie soll sich zusammensetzen aus 8 preussischen Mitgliedern, 3 Vertretern der übrigen Bundesstaaten, 3 Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine. Die zweite Abteilung behandelt die preussischen Angelegenheiten und setzt sich zusammen aus 9 Mitgliedern des Vollzugsrats, die dritte Abteilung wird gebildet aus 7 Mitgliedern für ausschließlich Groß-Berliner Angelegenheiten. Die vierte Abteilung, bestehend aus 4 Mitgliedern, behandelt die internen Angelegenheiten des Vollzugsrats. Diese vier Abteilungen arbeiten selbstständig, besonders müssen die wichtigsten Fragen dem Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Schluß 9 Uhr.

Der Protest gegen den Terrorismus der Berliner A. und S.

W. T. B. Berlin, 29. Nov. Unterzeichnete bitten zur Berichtigung der in den Zeitungen veröffentlichten wiedergegebenen Protesterklärung der Badener und Elsaß-Lothringers Abgeordneten folgende authentische Erklärung aufzunehmen: Erklärung. Der Delegierte des Landesauschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Preußens und die Delegierten von Lothringen erklären, daß sie den Eindruck haben, daß nicht der bisherige Vollzugsrat, sondern der Rat der Reichsangelegenheiten zusammengekommen haben, sondern die Groß-Berliner Soldatenräte terroristisch auftreten. Der Vertreter Badens, der bisher zu demselben Zweck hier war, ist mit diesem Eindruck fortgegangen und wird in diesem Sinne in Baden berichten. Wir werden die Forderungen aus diesem Verhalten der Berliner Soldatenräte ziehen und veranlassen die Versammlung unter Protest. Respekt. Karl König.

Ein künstliches einheitliches Groß-Berlin.

W. T. B. Berlin, 29. Nov. Über die künftige Gestaltung Groß-Berlins fanden im Ministerium des Innern in den letzten Tagen eingehende Verhandlungen statt, zu denen auch Vertreter der beteiligten Gemeinden und Kreise sowie der Provinzialverwaltung zugezogen waren. Dabei ergab sich, daß unter den veränderten Verhältnissen eine befriedigende Lösung der durch die jetzige Zersplitterung hervorgerufenen Unzulänglichkeiten nur durch die volle Vereinigung sämtlicher in wirtschaftlichem Zusammenhang mit Berlin stehenden Gemeinden zu einer Gemeinde Groß-Berlin erreichbar ist. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange.

Der Anschluß Deutsch-Österreichs.

W. T. B. Berlin, 29. Nov. Dr. Ludw. Hartmann hat gestern dem Staatssekretär Dr. Folf sein Verlangen ausgedrückt, als bevollmächtigt der Vertreter der deutsch-österreichischen Republik abzuordnen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland besprochen. Der Staatssekretär betonte dabei, daß der Anschluß Deutsch-Österreichs, sich mit den

Stammesgenossen im Reich dauernd zu vereinigen, bei dem Volk und in den leitenden Kreisen einen tiefen Eindruck hervorgerufen und freudige Begeisterung erweckt hätte. Diese Vereinigung aller deutschen Stämme in dem großen Gesamtstaat bedeutet für uns die Erfüllung eines lang gehegten, wenn auch nicht immer laut ausgesprochenen Wunsches. Die deutsch-österreichischen Brüder wären bei uns herzlich willkommen. Das Auswärtige Amt habe es sich anzuheben sein lassen, alle Anstrengungen zu fördern. Es erblickt eine seiner wichtigsten und ehrenvollsten Aufgaben darin, an der Vereinigung und Verschmelzung beider Länder tätig mitzuwirken. Es werde sich auch anzuheben sein lassen, für die Interessen Deutsch-Österreichs auf dem Friedenskongress nach Brüssel einzutreten.

Die Bewachung der neutralen Zone.

W. T. B. Berlin, 29. Nov. Die Kosten der Bewachung der neutralen Zone werden auf die Reichskasse übernommen, so weit es sich um die Bewachung handelt, die an die Stelle der militärischen Formationen getreten ist.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Die beabsichtigte Lohnverfassung Deutschlands.

W. T. B. London, 30. Nov. (Trahtbericht.) Der Finanzredakteur des „Daily Chronicle“ schreibt, daß Sachverständige glauben, daß Deutschland 8000 Millionen Pfund an Entschädigungen mindestens zahlen könne. Wenn es notwendig sei, müßten Hypotheken auf seine Erzgruben und anderes aufgenommen werden, bis die Schuld getilgt ist.

Hoch sucht einen Kündigungsgrund?

Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Berlin, 29. Nov. Sämtliche beteiligten deutschen Faktoren der Waffenstillstandskommission in Brüssel, die Oberste Delegation und die Reichsregierung haben den bestimmten Eindruck aus dem Verhalten des französischen Oberbefehlshabers Hoch gewinnen müssen, daß dieser nur nach dem Vorwand sucht, den Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland zu kündigen.

Bergeltung gegen die Tschecho-Slowaken.

W. T. B. Berlin, 30. Nov. (Trahtbericht.) Die tschecho-slowakische Regierung hat den deutschen Behörden alle telegraphischen Verbindungen nach Wien gesperrt, während sie ihrerseits die über Deutschland führenden Leitungen zur Übermittlung ihrer Nachrichten nach wie vor ausgiebig benutzt. Dies muß auf die Dauer zu unerträglichen Zuständen führen. Der Rat der Volksbeauftragten wird sich in der heutigen Sitzung mit der Frage beschäftigen, wie der tschecho-slowakischen Regierung das Unzulängliche ihres Verhaltens durch Niederbergeltung zum Bewußtsein gebracht werden kann.

Nordostseekanal und Völkerbund.

Englische Erörterungen.

W. T. B. London, 29. Nov. (Reuter.) „Daily Chronicle“ schreibt: Jetzt, wo die englische Flotte bei Kopenhagen vor Anker ging und unsere Minensucher deutsche Minen entfernen, können wir hoffen, die Chiffre für den englischen Handel binnen kurzem wieder eröffnet zu sehen. Niemand fröhlich sind wir in neuerer Zeit so lange von der Ostsee abgeschnitten gewesen. Obwohl für uns durch das scharfe Vorgehen der schwedischen Regierung die innerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer errichtete Barriere der deutschen Minensucher verabschiedet wurde und die Durchfahrt für uns erschwert wurde, so war das Hauptmittel, welches Deutschland ermittelte, uns auszuschließen, der Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. So lange es die ungeschwächte Kontrolle über diese Wasserstraße der Ostsee behält, wird es jederzeit in Versuchung sein, eine Flotte zu halten, die ihm die Wiederholung seines Vorgehens möglich macht. Dieses Problem sollte auf der Friedenskonferenz ins Auge gefaßt werden, aber einige vorgeschlagene Lösungen müßten im Voraus ausgeschaltet werden. Es kann keine Rede davon sein, den Kanal zu zerstören. Selbst wenn dies durch Vandalismus denkbar wäre, so würde seine Wirkung nur vorübergehend sein. Gleichwohl müßte in die Erörterung seiner Kontrolle durch Dänemark. Erstens reicht die Bevölkerung von Schleswig nicht so weit nach Süden, zweitens würde die dänische Regierung nicht daran denken, sich mit einer so unangenehmen Verantwortung zu belasten. Das könnte nun geschehen? Die einzige Möglichkeit, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, scheint uns die Errichtung des Völkerbundes zu sein.

Sachsens Gesamtverlust.

W. T. B. Dresden, 29. Nov. Auf Grund der bis Ende November von den Truppenführern und Behörden eingegangenen veröffentlichten Meldungen sind die Gesamtverluste der sächsischen Armee auf allen Kriegsschauplätzen folgende: Tote: 11.000, Verwundete: 100.000, Vermisste: 56.000. Unter den Gefallenen sind auch die infolge Krankheit und Gefangenschaft im Auge und in der Heimat verbliebenen Militärpersonen aufgeführt. Die Verwundeten sind nicht die Anzahl der verwundeten Personen, sondern die Zahl der Verwundeten, die heute mit mehrmaliger Verwundung als ein Verwundeter gezählt. In der Verwundetenzahl sind enthalten 37.000 Personen, die sich in feindlicher Gefangenschaft befinden und 19.000 wirklich Verwundete, die größtenteils den Gefangenen hinzugeordnet werden können.

Bekanntmachung.

Das Bezirkskommando Wiesbaden wird am 30. November abends gelöst und aufgelöst.
Wiesbaden, den 27. November 1918.
Bezirkskommando Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Die Regierung in Wiesbaden hat mit dem 1. 12. 1918 in dem Gebäude Vertriebsstraße 3 ein
Kreis-Bezirksamt
für die Kreise Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Alheim, Unterhain, einrichtet.
Das Kreis-Bezirksamt ist zuständig für:
a) Anmeldung entlassener Kriegsangehöriger;
b) Ausstellung von Bescheinigungen über die Aufnahme in die Landwehr, sowie Aufnahme rückständiger Wehrmänner, Entlassungsbescheide. Eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt noch;
c) Bearbeitung der Renten- und Versorgungs-sachen Kriegsbeschädigter.
Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend bei dem Kreis-Bezirksamt anzumelden.
Wiesbaden, den 27. November 1918.
Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Wenn zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit von Korporationen öffentlichen Rechts für Bauarbeiten Grund-eigentum in Anspruch genommen werden muß, ist der Demobilisationskommissar durch den Staatskommissar für Demobilisation ermächtigt, nach Anhören des Be-zirksrats die Zulässigkeit der Enteignung auszusprechen. Für das Enteignungsverfahren gelten in diesem Falle die Vorschriften der Verordnung vom 11. September 1914 mit Ergänzungen.
Wiesbaden, den 29. November 1918.
Der Demobilisationskommissar
Wiesbaden Stadt.

Wegfall von Zügen.

Vom 29. November d. J. ab fallen die zwischen Mainz und Käfertal verkehrenden Personenzüge 1224 (W) Mainz Hbf. ab 5.30 Käfertal an 6.30 vorm. und 1347 (W) Käfertal ab 6.21 Mainz Hbf. an 6.21 nachm.
aus.
Mainz, den 28. November 1918.
Eisenbahndirektion.

Am Montag, den 2. Dezbr. 1918, nachm. 3 Uhr, gelangen in der Infanterie-Kaserne, Gers-dorffstraße, gebrauchte
Schuhmacher- und Schneider-maschinen, Risten, Körbe usw.
gegen Barzahlung zum Verkauf.
F 625

Achtung!

Kriegsbeschädigte.

Am Sonntag, den 1. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Sanderstraße“, Neugasse 9, unsere
außerordentliche Versammlung
statt.

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kriegsbeschädigten zu erscheinen.
Es ladet hierzu ein
Erich W. vom Reichsbund d. K. u. d. R.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Sonnenberg.

Sonntag, den 1. Dezember 1918, vormittags 9 1/2 Uhr, findet eine

öffentliche Versammlung

im Gasthaus „Zur deutschen Eiche“ in Sonnenberg statt, die sich mit der jetzigen Lage, insbesondere der Kriegs-beschädigten- bzw. Kriegsteilnehmer-Forderungen, be-schäftigen wird.
Um rege Beteiligung, auch von Nichtmitgliedern, wird gebeten.

An die Jugend!

Nebst aller Parteien werden mitwirken an der politischen Aufklärung der Jugend.

Erste Versammlung

morgen Sonntag, 1. Dezember,
nachmittags 6 Uhr, in der Aula
des Lyzeums 2, am Bojeplatz.
Die Freideutsche Jugend
Wiesbaden.

Grammophone m. Platten

Sinos, Geigen, Sitar, alle Musikinstrumente, Akkum-
ulatoren, Dynamos, Ventilatoren, sowie alle besseren Spiel-
sachen laßt

Zimmermann, Gaudbrunnstraße 9, 3.

Einladung zur Volkshundgebung.

Am Sonntag, den 1. Dezember,
vormittags 11 Uhr, finden drei

Öffentliche Volksversammlungen

in den Sälen des Gewerkschaftshauses, Westrißstraße 49,
der „Wartburg“, Schwalbacher Straße,
und der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8, statt.
Tagesordnung: „Gegenwarts- u. Zukunftsfragen in der Republik“.
Redner: Stadtverordnete Bauer, Dietrich und Haese
und Arbeiterrat Heinrich Lippold. F 570
Alle Einwohner sind zu diesen Volksversammlungen für die Republik
freudlichst eingeladen.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Aparté
Photo-Skizzen

Atelier
für moderne

Künstlerisch
vornehme
Porträts!

Photographie

vorn. W. Strauch 34 Emserstr. 34 Inh.: H. Wittwer

Geöffnet von 9—1 und 2 1/2—7 Uhr, Sonntags von 10—2 Uhr.

Postkarten
zu niedrig. Preisen

Weihnachts-
Aufträge
schon jetzt erbeten!

Vergrößerungen
nach jed. Bild!

Die Ausstellung ist eröffnet

und bietet
überraschende Auswahl in Spielwaren

H. Schweitzer

Ellenbogengasse (gegr. 1859) 1270

Erstes und ältestes Spielwarengeschäft am Platz.

Verlag des patentamtlich geschützten Wiesbadener Rundreispiels.

Malz-Trilecit

bewährtes Nähr- und Kräftigungsmittel
für Kinder und Erwachsene, Fl. 3 Mk.
Alleinverkauf: Schützenhof-Apotheke,
Langgasse 11. 1281

Ich habe meine Praxis, einschl. Kassen-
praxis, in vollem Umfang wieder auf-
genommen. Sprechstunde zunächst 3-4 Uhr.

Dr. med. Weyrauch

Tel. 3340. Emser Strasse 22.

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Sanitätsrat Dr. van Meenen

Arzt für innere und Nervenkrankheiten.

Sprechstunden wochentäglich von 9—10 u. 3—4 1/2.

Walkmühlstraße 61. Telefon 253.

Dr. Wilhelm Koch

Mainzer Straße 18 :: Fernsprecher 6350

nimmt seine Tätigkeit wieder auf.

Sprechstunden ab Montag, 2. Dezember:

nachm. 3—4, außer Mittwoch u. Sonntag.

Habe meine Zahn-Praxis

wieder aufgenommen.

Karl Märker

Dentist

Langgasse 1, Eingang Marktstr.

Sprechstunden von 10—12 u. 3—5 Uhr,

Sonntags keine Sprechstunden.

Halte wieder Sprechstunden:

9—12 u. 2—6 Uhr.

Dentist Ludwigsen

Teleph. 6649. Mauritianstraße 1.

Vom Heeresdienst entlassen

empfehle mich zum

Anfertigen u. Wenden von Anzügen.

Veränderungen u. Reparaturen preiswert.

Friedrich Weber

(Kriegsinvalide), Kaserstraße 37, 4. L.

Nationalliberale Partei.

Am nächsten Sonntag, den 1. Dezember 1918, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, findet im großen Saal der Wartburg
eine

geschlossene Mitgliederversammlung

des Nationalliberalen Vereins statt.

Tagesordnung: 1. Sprechung der Lage und Beschluß-
fassung über die Stellungnahme zu der neu
gegründeten „Deutschen Volkspartei“.

Unsere Mitglieder werden hiermit zum Besuch dieser
Versammlung dringend eingeladen. F 467

Der Vorstand
des Nationalliberalen Vereins.

Dauernd zurückgekehrt.

Dr. med.

Otto Julius Müller

Luisenstraße 8.

Sprechstunden 10—12, 3—4.

Habe meine Praxis wieder
vollständig aufgenommen.

F. Lichtenstein, Dentist.

Sprechstunden: Von 9—12 u. 2—5 Uhr.

Langgasse 54 I

neben Restaurant „Müller Engel“.

Nach Rückkehr aus dem Felde habe ich meine
Tätigkeit als Architekt wieder aufgenommen.

Hess, Regierungsbaumeister a. D.

Sachverständiger für Hochbau

Fernspr. 812. Luisenplatz 4, III.

Aus dem Felde zurück
habe ich meine Drechserei wieder eröffnet.

Heinrich Schneider,

Drechslermeister Karlstraße 30.

Aus dem Felde zurück!

Habe meine Dachdecker-
und empfehle mich in allen in mein Fach ein-
schlagenden Arbeiten, sowie Reparaturen,
prompte Ausführung.

Franz Schäfer, Dachdecker

Westendstraße 38.

Vom Heeresdienst befreit, nehme mein
Geschäft in vollem Umfang wieder auf und
halte mich meiner werten Kundschaft bestens
empfohlen.

Hochachtend

Heinr. Meyer

Schneidermeister

Bismarckring 15.

(langjähriger Zuschneider)
übernimmt Neuankertigen,
Anderen und Aufhängen.

Herrenschneider

Hermann Schmidt, Sedanplatz 7, 1.

Papier, Fässer, Korte

(Leichte zu bedeutend erhöhten Höchstpreisen)

kauft Sauer, 6 Oberstraße 2. — Fernruf 5971.

Neu angekommen:

2 Waggon Rotkraut

2 Waggon Zwiebeln

Verkauft an Jedermann bei

Anapp, Friedrichstraße.

Fertel u. Läufer Schweine

zu verkaufen

Conrad Harderth

Erbenheim, Obergasse Nr. 8.

Sonntag mittag treffen

Läufer Schweine

bei mir ein.

Albert Himmelreich, Erbenheim.

Wiesbadener Straße 10. — Telefon 3354.

Prima Pferdefleisch

ohne Marken.

S. Barmann Wwe., Erbenheim,

Neugasse 35.

Verkauft jeden Tag von morgens 8 bis nachmitt. 5 Uhr.

